

H. ANDROSCH & G. STEINBACH

»Historische Rückerinnerung soll
mehr sein als Polit-Hickhack«

Fragwürdige Erinnerung

KOMMENTAR *Siebzig Jahre Anschluss: Anstelle eines Gedenkjahres braucht es ein Haus der Geschichte.* HANNES ANDROSCH und GÜNTHER STEINBACH



Wenn es uns schon nicht wie in anderen Ländern gelingt, unsere Vergangenheit in einem Haus der Geschichte permanent präsent zu machen, sollten wir uns mit ihr wenigstens an wichtigen Gedenkjahren beschäftigen. Heuer liegt der Anschluss an NS-Deutschland siebzig Jahre zurück. Für die Auseinandersetzung mit diesem Ereignis muss man den Parteistandpunkt der seinerzeitigen Akteure ablegen. Die Nachgeborenen können es sich leisten, gelasse-

Fortsetzung von Seite 5

Der zuletzt zurückgetretene Präsident hat sich auf den Standpunkt gestellt, er führt sein Amt bis zu einer Neuwahl des Präsidiums weiter und hat den Nationalrat zu einer neuen Sitzung einberufen. Die von Engelbert Dollfuß geführte Regierung hat diese Sitzung durch den Einsatz der Polizei verhindert.

Wenn historische Rückerinnerung mehr sein soll als tagespolitisches Hickhack, muss sie auf andere Weise verlaufen.

Der wesentliche Unterschied zwischen den beiden großen politischen Richtungen der Zwischenkriegszeit ist, dass die Sozialdemokraten – im Gegensatz zu ihren konservativen Kontrahenten – überzeugte Demokraten waren. Otto Bauer hielt 1926 beim Linzer Programmparteitag seine Grundsatzrede. Der Chefideologe des Austromarxismus hat damals ohne Wenn und Aber alle Diktaturspekulationen mit dem Hinweis auf die russischen Verhältnisse zurückgewiesen. Und noch mitten in den aufgeregten Tagen nach der Parlamentsausschaltung hat er am 10. März 1933 vor den Vertrauensleuten seiner Partei gesagt, die auf den bewaffneten Kampf drängten: „Wir wissen, dass, wenn es zum Entscheidungskampf kommt, Opfer fallen würden, die wir vor den Müttern dieses Landes nur verantworten können, nachdem wir vorher alles getan haben, was eine friedliche Lösung auf dem Boden unserer Volksfreiheit möglich macht.“ Eine Haltung, die man gerade in den damaligen Zeiten gerne bei anderen Parteiführern gesehen hätte; viel Leid wäre der Welt erspart geblieben.

Richtig ist, dass Karl Renner 1938 zu einem „Ja“ bei der Volksabstimmung aufgerufen hat. Kein Ruhmesblatt, sagen die mit der Gnade der späten Geburt in ihren komfortablen, weil von politischen Bedrohungen freien Lebensumständen. Wie immer man die Motive von Karl Renner beurteilen mag –

ner auf das Geschehen zu blicken. Doch offenbar fällt das in Österreich noch immer besonders schwer.

Dieser Tage soll im Parlament der Ereignisse des März 1938 gedacht werden. Als Zeitzeugen werden aufgerufen: Otto von Habsburg, der damals eine unbedeutende Nebenrolle gespielt hat, und ein Verwandter von Kurt Schuschnigg, der damals wahrscheinlich noch gar nicht auf der Welt war. Wenn man schon Zeitzeugen haben will, warum denkt dann niemand an den früheren SP-Innenminister und ÖGB-Präsidenten Franz Olah? Er war im März 1938 als einer der Aktivisten tatsächlich dabei, als es

er war nicht der Einzige. Die österreichischen Bischöfe haben annähernd wortgleich dasselbe gesagt wie Karl Renner.

Engelbert Dollfuß hat den Rücktritt der Nationalratspräsidenten 1933 dazu benützt, das Parlament dauerhaft auszuschalten und schrittweise ein autoritäres Regime einzuführen. Als sich der Schutzbund – übrigens gegen die klare Anweisung der sozialdemokratischen Parteiführung – dagegen zur Wehr setzte, ließ er den Aufstand brutal niederschlagen, ging mit Bundesheer und Privatarmeen gegen Zivilisten und mit Artillerie gegen Wohnhäuser vor. Danach ließ er Todesurteile vollstrecken.

Richtig ist, dass Engelbert Dollfuß und auch seine engeren politischen Freunde keine Demokraten im heutigen Sinn waren. Aber er hat anscheinend klarer als andere die Bedrohung durch den Nationalsozialismus gesehen. Immerhin war Hitler fünf Wochen vor der Parlamentsausschaltung deutscher Reichskanzler geworden. Am Tag nach der Präsidentenpanne im österreichischen Nationalrat gewann Hitler mit seinen nationalkonservativen Verbündeten die deutschen Reichstagswahlen. Das autoritäre Regime war zunächst die Antwort auf den nationalsozialistischen Terror, der im Lauf des Jahres 1933 Ausmaße annahm, wie wir sie heute nur aus den Fernsehberichten über weit entfernte Länder kennen. Engelbert Dollfuß war eben beides: „Arbeitermörder“ und Kämpfer gegen den Nationalsozialismus, Westentaschenformatdiktator und gleichzeitig so etwas wie Österreicher der ersten Stunde. Und er hat seinen Kampf gegen den Nationalsozialismus 1934 mit seinem Leben bezahlt, war also auch Opfer.

Heuer erinnern wir uns an 1938. Kurt Schuschnigg folgte Engelbert Dollfuß als Bundeskanzler. Bis zum März 1938 setzte er dessen autoritäres Regime mit seinen Repressionen und Anhaltelagern fort, dann kapitulierte er vor Hitler. Er hat nicht einmal den

darum ging, Österreich vor dem Nationalsozialismus zu bewahren.

In diesem Zusammenhang fiel kürzlich der Hinweis, dass im ÖVP-Klub ein Bild von Engelbert Dollfuß hängt, dem Begründer des austrofaschistischen Ständestaats. Darauf entgegnete der zweite Nationalratspräsident Michael Spindelegger (ÖVP) mit der Feststellung, dass es im SPÖ-Klub eine Gedenktafel für Karl Renner gibt. Und der habe durch seinen Rücktritt als Nationalratspräsident die Verfassungskrise ausgelöst.

Ein heutiges Mitglied des Nationalratspräsidiums und somit ein Kollege von Karl Renner sollte es besser wissen. Der Rücktritt Karl Renners allein hat die damalige Krise nicht verursacht. Es hat ja einen zweiten und einen dritten Präsidenten gegeben. Erst als auch die zurückgetretenen waren, brach die Krise aus. Aber davon ganz abgesehen: Die Panne wäre leicht zu reparieren gewesen, und das wurde auch versucht.

Fortsetzung nächste Seite

Versuch gemacht, sich gegen die nationalsozialistische Erpressung militärisch zur Wehr zu setzen. Trotz des Bürgerkriegs im Februar 1934 und trotz der politischen Verfolgung danach hatten die Sozialdemokraten Schuschnigg ihre Unterstützung angeboten – politisch und, wenn nötig, auch militärisch durch den Einsatz der alten Schutzbundkämpfer.

Eines muss man Schuschnigg jedoch zugestehen: Er befand sich in einer politisch ungünstigen Situation. Mussolini hatte seine Schutzfunktion für Österreich zugunsten des Bündnisses mit Hitler aufgegeben, Großbritannien und Frankreich waren weder bereit noch in der Lage, Österreich vor dem nationalsozialistischen Deutschland zu schützen. Vier Jahre lang hatte er es vermocht, Österreich vor der Vereinnahmung durch das nationalsozialistische Deutschland zu bewahren – durch Spiel auf Zeit und nicht immer mit glücklicher Hand. Das zeigt das Desaster seines Abstimmungsplans, der für Hitler dann der Anlass zum Einmarsch war. Man hätte sich gewünscht, Kurt Schuschnigg hätte nach dem 12. Februar 1934 als Justizminister ähnlich menschlich gegen die zum Tod verurteilten Schutzbündler gedacht und gehandelt.

Einmal mehr hat der ehemalige Bundeskanzler Fred Sinowatz (SPÖ) Recht. Es ist alles kompliziert. Das gilt eben auch für unsere Geschichte. Deshalb sollten wir uns von einer bequemen Schwarz-Weiß-Malerei freihalten, wie das in der Staatsvertragsausstellung 2005 gelungen ist und wie es in einem österreichischen Haus der Geschichte sein sollte. Dann wären wir nicht auf die fragwürdige Nutzung von Gedenkjahren angewiesen, wenn wir uns erinnern wollen. □

Hannes Androsch ist Industrieller und war in den Siebzigerjahren SPÖ-Finanzminister. 2005 war er Proponent der Staatsvertragsausstellung 2005.

Günther Steinbach war Sektionschef im Sozialministerium und hat etliche historische Bücher verfasst. Zuletzt von ihm erschienen: „Kanzler, Krisen, Katastrophen. Die Erste Republik“ (Ueberreuter 2006).